

Ein Kopf allein hält keinen Rat – Indigene politische Autoritäten in Ghana als alternative Staatspraxis?

Joshua Kwesi Aikins



(Graphik: JKA)

„Ti Koro nko agyina“

„One head does not go to/constitute a council“

- Akan Adinkra und Sprichwort

Ghana wird häufig als „Musterschüler“ westlicher Entwicklungslehren präsentiert: Verweise auf ein vergleichsweise „stabiles politisches System“, die erfolgreiche demokratische Konsolidierung, das „Wirtschaftswachstum“ werden als Erfolgsgeschichte erzählt, die nicht zuletzt auf die vergleichsweise erfolgreiche Umsetzung westlicher Entwicklungskonzepte zurückgeht. Das „ghanaische Wunder“ (Tetzlaff 2018: 203) wird dabei mit der Umsetzung von Strukturanpassungsmaßnahmen sowie westlichen Demokratisierungsimpulsen in Verbindung gebracht (ebenda). Das Vorreiter-Image Ghanas wird in jüngster Zeit durch das Ansiedeln innovativer IT-Projekte - darunter das weltweit größte Drohnennetzwerk für medizinische Versorgung und ein regionaler Hub für Artificial Intelligence - als Modernisierungs- und Technisierungsgeschichte fortgeschrieben. Diese schließen nahtlos an ein teleologisches Verständnis von Entwicklung nach westlichen Blaupausen an. Für die positive Bezugnahme auf afrikanische konzeptionelle Grundlagen, wie sie im vom Unabhängigkeitspräsidenten Nkrumah strategisch gewählten Namen „Ghana“, der an ein vorkolonialen afrikanischen Staat auf dem Gebiet des heutigen Mali, Burkina Faso und

Nord-Ghana erinnert und so indigene Konzepte als Bestandteil unabhängiger afrikanischer Staatlichkeit aufruft, scheint es in dieser Analyse weder Platz noch Notwendigkeit zu geben. Diese auf interne Probleme und externe Lösungen fokussierte Darstellung schließt damit an einen Diskurs über afrikanische Staatlichkeit an, der deren Defizite in einer mangelnden Umsetzung westlicher, liberaldemokratisch-marktwirtschaftlicher bis neoliberaler Lösungen identifiziert, die als universal gültig präsentiert werden (Krämer, 2019). Die Anerkennung für „demokratische Konsolidierung“ nach westlichem Vorbild als wichtiger Bestandteil des ghanaischen Erfolges ordnet diesen in ein Beurteilungsschema ein, in dem die Nähe an westlichen Idealbildern von Staatlichkeit und Demokratie als zentraler Bewertungsmaßstab gilt.

Im ghanaischen öffentlichen und politischen Diskurs scheint diese unkritische Übernahme auf den ersten Blick auch für den Entwicklungsbegriff zu gelten: Anders als in der populistischen Post-Development Kritik an „Entwicklung“ als trojanisches Pferd oder Krankheit (Rahnema, 1997) wird der Begriff in der ghanaischen politischen Diskussion und der medialen Öffentlichkeit meist positiv besetzt verwendet. Die in Verlautbarungen von Regierung und Opposition, die in den Medien sowie gerade auch im öffentlichen Raum z.B. auf Veranstaltungsbannern in größeren Städten wie Accra, Kumasi, Ho oder Tamale sichtbare Adjektivierung des Begriffes z.B. als ‚rapid‘ oder ‚accelerated‘ als ‚socio-economic‘, ‚national‘ oder gar ‚total development‘ illustriert diese Sichtweise.

Tatsächlich zeigt sich in der Verwendung des Begriffes in Ghana eher der mit dem skeptischen Post-Development Lager (Ziai 2006) assoziierte „Amöben-Charakter“ des Entwicklungsbegriffes – seine Dehnbarkeit sowie das damit verbundene Einverleiben unterschiedlichster, teils konträrer Entwicklungsverständnisse. So ist das vergleichsweise hohe und langanhaltende ghanaische Wirtschaftswachstum z.B. sowohl als „growth as development“ als auch - mit Verweis auf die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und den extraktiven Charakter wichtiger Industriezweige wie Gold- und Ölförderung sowie Kakaoanbau - als „growth without development“ (Akolgo, 2018; Ayelazuno, 2014) interpretiert worden. Einig sind sich die unterschiedlichen Perspektiven jedoch in der zentralen Rolle, die politische Stabilität und Demokratie für Ghanas relativen Erfolg als „Stabilitätsanker in Westafrika“ haben.

Auf den ersten Blick scheint Ghana damit kaum für eine Fallstudie in Post-Development geeignet, einem Ansatz, der aufgrund autoritärer Züge, unintendierter Machteffekte und eurozentrischer Konzepte der Entwicklungspolitik explizit keine „alternative Entwicklung“, sondern Alternativen zu „Entwicklung“ einfordert. Kritische Analysen zur Relevanz des

Post-Development Ansatzes in afrikanischen Kontexten weisen darauf hin, dass einerseits viele Faktoren, die zum im Post-Development Ansatz zentralen „disillusionment with development“ (Matthews, 2017: 1) beigetragen haben, auf dem afrikanischen Kontinent präsent sind. Paradoxerweise habe „Entwicklung“ andererseits vor diesem Hintergrund aber gerade nichts von ihrem Verheißungscharakter verloren. Analysen, die die Anwendbarkeit und Begrenztheit von Post-Development in afrikanischen Kontexten kritisch untersuchen, verweisen auf die Aufladung gängiger Entwicklungskonzepte mit Ideen von Gerechtigkeit und dem Ausgleich (auch kolonialer, extern bedingter) Unterentwicklung und ungleicher Lebensbedingungen bzw. mangelnder Grundversorgung von Teilen der Bevölkerung, die gleichzeitig erlebt, dass eine kleine Mittel- und Oberschicht sich als Profiteure eines ‚development as growth‘ Paradigmas inszeniert. Vor diesem Hintergrund erscheint das Einfordern von Entwicklung nicht zuletzt als Hierarchieausgleich, aber auch als Frage der Selbstbestimmung und Würde. Dies ist für Autor*innen wie Matthews (2017) und Andreasson (2017), die diese afrikanische Erfahrung als Kritik an Post-Development Ansätzen mobilisieren Teil des „appeal of development“ (Matthews, 2017: 1). In ihren Analysen kritisieren sie den Verweis von Post-Development Autor*innen auf indigene, nachhaltige Lebensweisen insbesondere mit Verweis auf physische Infrastruktur – die angeführten Beispiele sind Proteste in Südafrika zur Verbesserung von Sanitation und Wohnen. Sie problematisieren zu Recht die paternalistische Hierarchie, die aufgerufen wird, wenn im Westen verortete Entwicklungskritiker*innen afrikanischen Menschen asketische Lebensstile jenseits von Entwicklung empfehlen, nach denen sie selbst nicht leben. Wie jeder Verweis auf „afrikanische“ Haltungen oder Realitäten ist auch diese Kritik zwangsläufig verallgemeinernd und unvollständig – allerdings in einer Weise, die einen in vielen afrikanischen Kontexten für die Debatte um westliche Standards von Entwicklung und Alternativen zentralen Aspekt verdeckt: In Matthews und Andreassons Verweisen auf afrikanische Bedürfnisse und Forderungen fehlt die institutionelle Dimension – und damit die für Millionen Menschen auf dem afrikanischen Kontinent wesentlichen indigenen Institutionen, die über westliche Staatlichkeit als Standard und Entwicklungsziel hinausweisen. Indigene Institutionen und Autoritäten genießen in vielen afrikanischen Staaten große Zustimmung (vgl. Abschnitt Afrobarometer) – gleichzeitig ist ihr Verhältnis zu demokratischen Staatstrukturen nach westlichem Vorbild Gegenstand anhaltender Debatten. Ihre Resilienz ist eine Herausforderung für Entwicklungsmodelle, in denen westliche Idealbilder als Standard und Ziel gesetzt sind. Sie sind gelebte, wenn auch in

der Post-Development Literatur zu wenig betrachtete Alternativen im Spannungsfeld von Kolonialität und eigenen Registern von Legitimität.

Für deren Betrachtung ist Ghana als Staat mit einer komplexen Verknüpfung westlich-inspirierter und indigener Systeme auch jenseits der Standarderzählung von Entwicklungserfolgen tatsächlich „Schauplatz“ einer „Entwicklung mit Relevanz für ganz Afrika“ (Tetzlaff, 2018: 200). Diese ist jedoch weder neu noch wesentlich auf westliche Entwicklungspolitik zurückzuführen, wie es in Tetzlaffs und anderen auf externe Handlungsmacht und westliche Entwicklungskonzepte, -praxen und -evaluationsstandards fokussierten Analysen zu Ghana häufig dargestellt wird. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass Ghanas Staatsgefüge und -praxis aufgrund des vielschichtigen Einbezugs unterschiedlicher indigener Institutionen und deren Amtsträger*innen selbst jenseits des Horizontes westlicher Staatlichkeit verortet sind. Kernbestandteil ghanaischer Staatlichkeit ist damit eine Praxis, die als Kritik an den westlichen Staats- und damit auch Entwicklungskonzepten gelesen werden kann, die Demokratisierung und Institutionenaufbau nur nach westlichem Muster fordern und fördern.

Die Rolle indigener Institutionen in Ghana als Fallstudie für Alternativen zu Entwicklung zu lesen bedeutet gleichzeitig, sowohl die Post-Development Ansätze als auch ihre Kritiken mit einer komplexen Realität zu konfrontieren, die beide herausfordert, insbesondere

- 1.) in Bezug auf das Verhältnis von lokaler Kultur, lokalen Strukturen und lokalen Alternativen zur nationalen oder gar internationalen politischen Ebene. Das Lokale wird in der Post-Development Literatur als Ebene möglicher Alternativen identifiziert – weniger klar ist dabei jedoch, wie das Verhältnis zwischen der lokalen Ebene und einem Nationalstaat oder gar internationalen Organisationen alternativ gefasst und gestaltet werden kann, die ihre jeweiligen Entwicklungspolitiken auch für die lokale Ebene durchsetzen wollen.
- 2.) in Bezug auf das Spannungsverhältnis zwischen einer von Post-Development Perspektiven als Ausgangspunkt für Alternativen konstruierten Authentizität indigener Strukturen und deren Kolonialität, die sich aus dem kolonialen und/oder neo-kolonialen Abändern von Traditionen, Praxen, Verfahren oder Ämtern bei gleichzeitiger Behauptung einer vorkolonialen Authentizität ergibt.
- 3.) in Bezug auf kritische Perspektiven, die Post-Development und einer positiven Bezugnahme auf indigene politische Akteure und Traditionen Romantisierung vorwerfen.

- 4.) in Bezug auf die in Post-Development Perspektiven eher implizite Erwartung, dass Alternativen zu westlichen Entwicklungskonzepten sich abgrenzend und kritisch auf „Entwicklung“ beziehen müssten. Dies scheint in der Forderung nach Alternativen zur Entwicklung statt alternativer Entwicklung durch. Das ghanaische Beispiel erlaubt es der Frage nachzugehen, ob und inwieweit eine Praxis eine Alternative im Sinne des Post-Development sein kann, wenn sie ihre Kritik an Entwicklung nicht expliziert.

In den genannten Punkten ermöglicht eine Betrachtung des ghanaischen Beispiels Einsichten, die über die skizzierten Grenzen einer Post-Development Perspektive, aber auch die genannte Kritik daran auf eine Art und Weise hinausweist, die auch jenseits des spezifischen Fallbeispiels Relevanz hat.

Aus einer dekolonialen Perspektive, die neben der Dekonstruktion kolonialer Hierarchien auch eine Revalidierung nicht-westlicher Wissenssprachen, konzeptioneller Räume und institutioneller Arrangements anstrebt, ist eine Analyse von Konzepten, institutionellen Arrangements und gelebten Praxen, die nicht-westliche normative Grundlagen haben, ein zentraler Schritt der epistemischen Dekolonisierung (Ndlovu-Gatsheni, 2018). Das eingangs zitierte Adinkra und Sprichwort „Ein Kopf allein hält keinen Rat“ zeigt die Potentiale einer solchen Betrachtung auf: Die im Akan Kulturraum und darüber hinaus verwendete Adinkra Symbolschrift kommuniziert philosophische Kernideen – hier ein für indigene politische Institutionen zentrales Register der Legitimität: Ein Kopf, also metaphorisch gesprochen eine Person in Führungsposition, kann alleine nicht den Rat bilden, der in indigenen Akan Systemen in jede legitime Entscheidungsfindung einbezogen werden muss. Gleichzeitig kann eine Analyse des ghanaischen Beispiels für dekoloniale Perspektiven, die auf dem afrikanischen Kontinent eine Dichotomie zwischen Tradition und Moderne ausmachen, ein wichtiges Korrektiv bieten. Denn es ist gerade die institutionelle und praktische Ausgestaltung der Interaktion und wechselseitigen Verschränkung indigener und westlich inspirierter Institutionen, die das ghanaische Fallbeispiel sichtbar macht. Ghana ist geprägt von Impositionen westlicher Staatlichkeit – und von der kreativen Reaktion, der Handlungsmacht und dem Eigensinn afrikanischer Akteure, der das gegenwärtige plurale politische Gemeinwesen erst möglich macht. Dass ein solches in vielen afrikanischen Kontexten mehrheitlich als wichtiges Korrektiv einer nur nach westlichen Blaupausen gestalteten Staatlichkeit gesehen wird, zeigt die folgende Analyse.

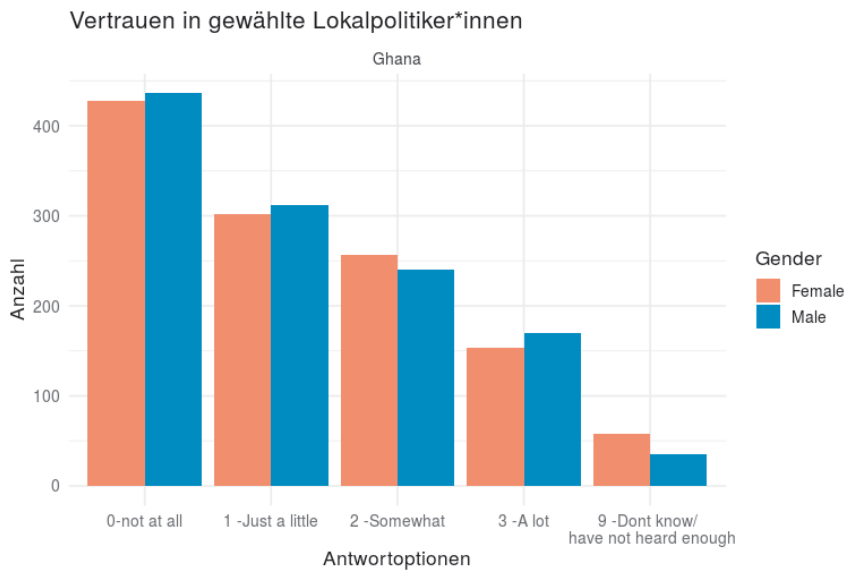
Afrobarometer: Plurale Legitimität und Komplementarität

Das Afrobarometer-Projekt ist ein von einem Netzwerk afrikanischer NGOs und afrikanischer und US-amerikanischer Universitäten durchgeführter Survey zu Bevölkerungsmeinungen in ausgewählten afrikanischen Staaten zu Fragen von Demokratie, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Entwicklungspolitik. In der vierten Befragungsrunde 2008 – 2009 wurden Menschen in 19 afrikanischen Staaten zu ihren Meinungen und Haltungen zu indigenen Autoritäten (in der Afrobarometer-Auswertung als „traditionelle Autoritäten“ bezeichnet) befragt. Dabei war eines der erklärten Ziele der Studie, durch eine quantitative large-N Befragung die in der Literatur zu Resilienz diskutierten, widerstreitenden Thesen zu überprüfen: Sind indigene Autoritäten legitime Repräsentant*innen lokaler Gemeinschaften oder wenig populäre Inhaber despotischer und entweder von Staaten gestützter oder durch Staatsschwäche am Leben gehaltener Ämter? Dazu wurden Menschen in 19 afrikanischen Staaten in ihren jeweiligen Lokalsprachen befragt. Die Datengrundlage für die Analyse dieser Fragen sind über 26,000 face-to-face Interviews, die in 2008-2009 durchgeführt wurden. Laut eigener Aussage sind Afrobarometer surveys „nationally representative, clustered, stratified area probability samples in which every adult citizen has an equal and known chance of inclusion“ (Logan, 2011: 1). Die Samplegröße war 1200 bis 2400 Teilnehmende pro Land, laut Angaben von Afrobarometer übersteigt der die Unschärfe der Auswertung dabei nie 3 Prozent (ebd.).

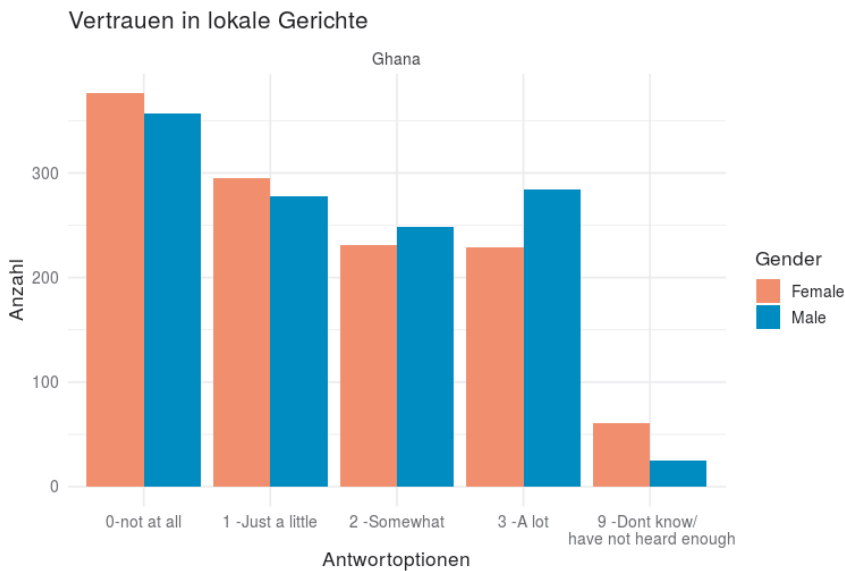
Das Resultat der Auswertung fiel für die dieses thematische Segment der umfangreicheren vierten Befragungsrunde auswertende Politikwissenschaftlerin Catherine Logan überraschend aus: „The findings are perhaps somewhat startling in the intensity of the support for traditional authority that they reveal. Large majorities believe that the institution should still play a significant role in local governance, and this support cuts across essentially all socio-demographic groups“ (Logan, 2011: 1). Logan weist darauf hin, dass diese Ergebnisse einer modernisierungstheoretischen Erwartung zuwiderlaufen, die indigene politische Autoritäten als Relikt einer Vergangenheit konstruieren, die durch westliche Regierungsformen obsolet würden. Diese teleologische Annahme scheint ungeachtet ihrer Kritik in ihrer eigenen Wortwahl z.B. in der zeitlichen Qualifizierung „still“ subtil durch. Die Befragten teilten diese Einschätzung offensichtlich nicht: Indigene Autoritäten wurden insbesondere für ihre Rolle als Schlichter*innen lokaler Dispute, ihre Zugänglichkeit und ihre Rolle als Repräsentant*innen der Stabilität der Gemeinschaft wertgeschätzt (ebd.). In Bezug auf das Verhältnis zu Amtsträger*innen der nach westlichen Designs ge-

stalteten Lokalverwaltung hat die Umfrage die Ergebnisse der vorangegangenen 3. Afrobarometerrunde, die in sieben Ländern zum Thema befragt hatte, bestätigt: Eine Mehrheit der Befragten hat höheres Vertrauen in die lokale indigene Autorität als in Amtsinhaber der Lokalverwaltung und -regierung. Die Kernqualität, die in der Umfrage genannt wird, ist dabei, dass indigene Autoritäten „bessere Zuhörer*innen“ seien, wenn Anliegen vorgebracht werden (Logan, 2011: 14). Entgegen Annahmen von lokaler Konkurrenz hat eine überwiegende Mehrzahl der Teilnehmenden aber eine positive Einschätzung lokaler Autoritäten in beiden Subsystemen. Dies deutet auf eine ausgeprägte Komplementarität zwischen beiden hin.

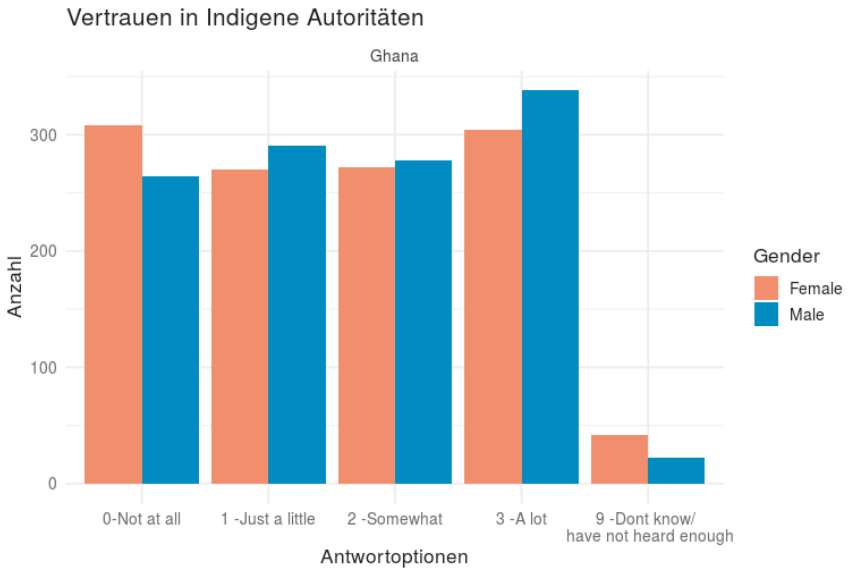
Die Antwort auf die Frage „Do you think that the amount of influence traditional leaders have in governing your local community should increase, stay the same, or decrease?“ zeigt für Logan am deutlichsten die Popularität und Resilienz indigener Autoritäten auf: In den 19 befragten Ländern gibt eine Mehrheit von 58% an, dass der Einfluss indigener Autoritäten steigen soll, 36% wünschen sich eine starke Steigerung. Nur 8% wollen den Einfluss verringert wissen. 20% sehen keinen Bedarf für Veränderungen, 14% sind unsicher. In 16 der 19 betrachteten Staaten sind Mehrheiten für eine Ausweitung des Einflusses indigener Autoritäten. Diese Daten stützen die These, dass lokale Bevölkerungen indigene Autoritäten als legitim erleben – wenngleich die Umfrage auch deutlich macht, dass Befragte auch Kritikpunkte an indigenen Autoritäten haben. Die Tatsache, dass weder Geschlecht noch Alter noch die Variable Stadt- versus Landbevölkerung zu signifikanten Bewertungsunterschieden führen, widerlegt dabei die modernisierungstheoretische These, dass indigene Autorität mit Staatsschwäche oder -ferne, mit konservativen Einstellungen auf dem Land oder patriarchaler Herrschaft zu erklären sei. In der 2014/15 durchgeführten 6. Befragungsrunde konnten für die 36 befragten afrikanischen Staaten ungeachtet der verkleinerten Fragebatterie zum Thema zentrale Trends bezüglich der Einschätzung indigener Autoritäten bestätigt werden: Mit 61% ist das Vertrauen in indigene Autoritäten signifikant höher als das in die formale Exekutive der jeweiligen Staaten, die durchschnittlich 54% beträgt (Afrobarometer, 2016). Eine Analyse der Daten aus der 6. Befragungsrunde für Ghana zeigt, dass die in der 4. Runde identifizierten Trends anhalten: Wenn Befragte vergleichend bewerten sollen, wem sie am meisten vertrauen, entsteht ein differenziertes Bild:



Im Vergleich dreier auf lokaler Ebene relevanten Akteure ist das Vertrauen in gewählte Lokalpolitiker*innen am geringsten. Das Geschlecht der Befragten macht dabei nur einen geringen Unterschied.



Die lokale Gerichtsbarkeit wird im Vergleich besser bewertet.



Indigene Autoritäten genießen im Vergleich das größte Vertrauen der genannten Gruppen – allerdings gibt es auch hier kritische Einschätzungen.

Wenngleich die Afrobarometer-Daten wichtige Einblicke in die Einschätzungen von Bürger*innen afrikanischer Staaten zu ihren jeweiligen indigenen Autoritäten und Institutionen bieten, sind die Daten dennoch in ihrer Aussagekraft beschränkt. Logan weist darauf hin:

„Still, we must also acknowledge that (...) there is much that remains unexplained, a factor or factors that have not been fully captured by this analysis. The evidence points primarily to sources of value that are intrinsic to the institution and the symbolic and representational role that it plays in peoples’ lives, something akin to Williams’ (2010) description of the moral legitimacy of traditional authorities.(...). First is the fact that our more pragmatic or performance-based indicators do not bear much weight. Second are the findings that character matters more than performance, and that representation of identity matters, but not as a response to identity-based grievances. Both of these factors seem to tap into aspects of the intrinsic and moral, as opposed to the instrumental, value of these leaders. Third is the fact that the strongest predictor of how much of a role people want chiefs to play is how

much of a role they already are playing. Whatever it is that is valued in traditional authorities appears to be essentially self-reinforcing.“ (Logan, 2011: 20)

Eine weitere Interpretationsmöglichkeit lässt Logan unerwähnt: Die hohe Zustimmung bei gleichzeitig geringem Gewicht der performanzbasierten Indikatoren könnte in einer Differenzierung zwischen der Wichtigkeit der indigenen Institutionen einerseits und der Performance ihrer Amtsträger*innen andererseits begründet sein – denn diese wird den Befragten nicht in gleicher Weise ermöglicht wie bei Fragen zu Demokratie und demokratischen Amtsträger*innen. Eine weitere Erklärungsmöglichkeit für die Diskrepanz besteht darin, dass das Afrobarometer Modell nicht alle für die Befragten relevanten Funktionen der Institutionen und/oder ihrer Amtsträger abbildet. Dies mag teils in einer Modellierung nach westlich-demokratischen Idealtypen von Output-Legitimität, teils in der Vielfalt der befragten Kontexte begründet sein. In jedem Fall deuten die Ergebnisse darauf hin, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten in vielen afrikanischen Kontexten eine Pluralität von Institutionen wünschen, die offensichtlich auch von einer Pluralität ihrer Legitimationsquellen gekennzeichnet ist. Ein weiterer Widerspruch in der Interpretation der Befragungsergebnisse wird von Logan zwar angesprochen, mündet aber in einen Vorschlag für weitere Forschung, der methodisch nicht überzeugen kann:

Moreover, the high degree of variability often observed across traditional authority areas[...] highlights the need to test some of these hypotheses more systematically and on a larger scale.

Die große Varianz indigener politischer Systeme innerhalb von afrikanischen Staaten, die größtenteils nach wie vor auf koloniale Grenzziehungen zurückgehen, die sich gerade nicht an indigenen politischen Gemeinwesen orientiert haben, macht die Verzerrungen eines „whole nation bias“ und damit einer von kolonialen Kontinuitäten mitgeprägten Analyse besonders wahrscheinlich. Es ist daher hilfreich, die allgemeinen Ergebnisse des Afrobarometers in einem konkreten pluralen Gemeinwesen zu kontextualisieren. Anstelle einer „large scale“ Studie scheint eine kontextsensitive Analyse mit einer höheren Auflösung geboten, die im Idealfall nicht nach Staaten oder deren Verwaltungseinheiten, sondern nach mit diesen meist nicht ko-territorialen indigenen Jurisdiktionen differenziert. Zwar können die in der Folge am ghanaischen Beispiel vorgenommenen Analysen nicht ohne Weiteres auf andere afrikanische Kontexte übertragen werden – sie können jedoch dabei helfen, die vor dem Hintergrund des beschriebenen Meinungsbildes deutlich gewordene Wertschätzung indigener Institutionen

zu illustrieren – und am ghanaischen Beispiel herausarbeiten, ob und inwieweit es sich dabei um Alternativen handelt.

Resilienz indigener Institutionen

Indigene afrikanische Institutionen in Ghana zeichnen sich, wie in vielen anderen afrikanischen und einigen afrodiasporischen Kontexten durch ein hohes Maß an Resilienz aus: Seit der Kolonialzeit gab es wiederholt Versuche, indigene Institutionen und ihre Amtsträger entweder ganz abzuschaffen oder zumindest zu schwächen, sie von Funktionsträger*innen zu symbolischen oder folkloristischen Repräsentant*innen angeblich vorkolonialer Kultur zu degradieren. Eine Variante dieser Strategie sah eine Stärkung individueller Autorität bei gleichzeitiger Schwächung von checks and balances vor (siehe Abschnitt Gender), was konzeptionell einer Feudalisierung und der kolonialen Erfindung vorgeblich ‚afrikanischer Traditionen‘ gleichkam. Sowohl die von Kolonialregimen als auch die von der ghanaischen Unabhängigkeitsregierung vorgenommenen Versuche der Marginalisierung indigener Autoritäten scheiterten jedoch - so fand Unabhängigkeitspräsident Nkrumah, dessen Convention People's Party indigene Amtsträger zunächst mehrheitlich als Kollaborateure des Kolonialregimes kritisierte, als Staatsoberhaupt zu einer Strategie der Zusammenarbeit, die bereits in seiner meistzitierten Aussage zu "chieftaincy" mitschwingt:

Those of our chiefs who are with us [...] we do honor [...] those [...] who join forces with the imperialists [...] there shall come a time when they will run and leave their sandals behind them; in other words chiefs in league with imperialists who obstruct our path [...] will one day run away and leave their stools. (Accra Evening News , 5 January 1950, zitiert in Gocking, 2005: 94)

Nkrumah spricht hier bewusst zentrale Symbole indigener Institutionen im Akan¹ Kontext (48% der ghanaischen Bevölkerung) an: Die Sandalen symbolisieren den Status der Amtsträger, stools stehen für die vergange-

1 Akan bezeichnet eine Sprachfamilie mit in ihren politischen Strukturen vergleichbaren, voneinander unabhängigen politischen Gemeinwesen, darunter die Asante-Föderation Asanteman, Okyeman und Fante-Gemeinwesen. Die heute zusammen etwa 49% der ghanaischen Bevölkerung ausmachen. Darüber hinaus haben einige der umliegenden indigenen politischen Gemeinwesen Teilstrukturen der Akansysteme übernommen. Die Resilienz dieser Systeme hat neben der regionalen auch eine historische, atlantische Dimension: Von Akan Vorstellungen und institutio-

nen, gegenwärtigen und zukünftigen Generationen des *oman*, des intergenerationell konzipierten indigenen Staates und für im auf den stool geleiteten Amtseid kodifizierte Verpflichtungen zur Machtausübung im kollektiven Interesse. Das Zurücklassen des stools (auf dem die Amtsinhaber*innen aufgrund seiner Bedeutung nicht sitzen) kommt der Absetzung oder dem Abdanken gleich. Vor diesem Hintergrund ist es daher bezeichnend, dass Nkrumah wenige Jahre später selbst die symbolträchtigen Sandalen tragen sollte: Schon 1958 nahm er einen Titel als “honorary chief”, als *Yefrihene* von Wenchi an und wurde 1962 in Nsaeum, einer kleinen Stadt im Westen des Landes, aus der seine Familie mütterlicherseits stammte „ens-tooled“. Anstelle der Kritik war eine weniger konfrontative Strategie getreten, die Elemente der kolonialen Einbindung indigener Autoritäten fortführte: Wie alle folgende Regierungen gestaltete auch Nkrumahs nach einer konfliktreichen Phase, in der wichtige Einnahmequellen indigener Institutionen auf den Staat umgelenkt wurden (siehe dazu auch den Abschnitt „Chieftaincy und die Commons“), das formale Verhältnis von westlichen zu indigenen Institutionen als eines von Komplementarität (z.B. in der Gerichtsbarkeit), Kollaboration und Konfliktvermeidung.

Für die vieldiskutierte Resilienz, das Fortbestehen und die ungebrochene Popularität indigener Institutionen in Ghana wurde und wird eine ganze Reihe von Gründen ins Feld geführt: Von Verbundenheit mit indigenen Institutionen in Zeiten des gesellschaftlichen Wandels in der Übergangsphase von der Kolonialzeit in die Unabhängigkeit (Rathbone, 2000) bis hin zu auch aktuell bedeutsamen Rollen in lokaler Gerichtsbarkeit, der Verwaltung von nominell kollektivem Landbesitz sowie alternative Konfliktlösungsmechanismen. Zwar sind Machtfülle und Kompetenzbereiche im Vergleich zur vorkolonialen Zeit, in der Amtsträger*innen souveräne indigene Gemeinschaften und deren Untergliederungen repräsentierten, eingeschränkt – dennoch üben indigene Amtsträger*innen die genannten Funktionen aus und sind in den regionalen und dem National House of Chiefs als Interface-Institutionen zwischen indigenen und westlich-inspirierten Staatsstrukturen und von dort delegiert auch in Staatsorganen wie dem Council of State vertreten.

Das Meinungsbild des Afrobarometer deutet darauf hin, dass die Resilienz indigener Institutionen sich gerade nicht aus vorgeblichen Pathologien afrikanischer Staatlichkeit wie einer „Staatsferne“ oder „Staatschwä-

nellen Designs mit geprägte Gemeinwesen finden sich seit dem Versklavungshandel und dem organisierten Widerstand dagegen auch in Suriname, Jamaika und anderen atlantischen Kontexten wieder.

che“ speist, denn nicht nur für Ghana zeigt sich die von Logan benannte Dynamik, dass die Bewertung der Lokalregierung nicht in einem negativen Verhältnis zur Bewertung von lokalen indigenen Autoritäten steht. Dies deutet darauf hin, dass ein rein an Input- und Outputlegitimität von Institutionen nach westlichem Vorbild orientiertes institutionelles Design allein nicht in der Lage ist, die Erwartungen afrikanischer Bevölkerungen zu erfüllen.

Indigene Institutionen und Koloniale Kontinuitäten in Ghana

Indigene Institutionen im heutigen Ghana sind keinesfalls unveränderte, authentische Fortführungen vorkolonialer Gemeinwesen. Sie sind durch koloniale Einflussnahme gekennzeichnet – die Diskussion um deren Ausmaß, Folgen und eventuelle Bearbeitung zeigt, dass sowohl der Bezug zu vorkolonialen Institutionen als auch deren flexible Anpassung an koloniale Gegebenheiten sowie Umstände nach der formalen Unabhängigkeit wichtige Bestandteile ihrer Resilienz und heutigen Relevanz sind.

Um dies nachzeichnen zu können, muss das auch mittelbare Fortwirken kolonialer Hierarchien, aber auch deren Interaktion mit indigenen Hierarchien, Logiken und Konzepten im heutigen Institutionengefüge identifiziert werden. Dazu eignet sich das vom peruanischen Soziologen Anibal Quijano (2000) im Rahmen dekolonialer Theoriebildung formulierte Konzept der Kolonialität. Seine „Kolonialität der Macht“ bezieht sich ursprünglich auf die durch den Kolonialismus geprägte Strukturierung von Herrschaftsformen auch nach Ende dieser Periode, speziell in der auf rassifizierter Differenz basierenden Klasseneinteilung in den im 19. Jahrhundert unabhängig gewordenen Staaten Südamerikas. Das Konzept hat aber im Rahmen dekolonialer Theoriebildung durch Theoretiker*innen wie Walter D. Mignolo (2011 zur Dekolonialen Option) Maria Lugones (2016 zur *coloniality of gender*) und Nelson Maldonado-Torres (2004 zur *coloniality of being*) weitere Ausdifferenzierungen erfahren und wird auch auf afrikanische und ghanaische Kontexte angewendet (Aikins, 2016 zur Kolonialität der Sprache, Ndlovu-Gatsheni 2018 zu Dekolonialität in Afrika).

Das Gebiet des heutigen Ghana war vor dem ab 1471 zunächst auf die Küste beschränkten Kontakt mit europäischen Handels- und später Versklavungskompagnien von unterschiedlichen politischen Gemeinwesen gekennzeichnet. Dazu zählten unter Anderem das hierarchisch organisierte Gonja im Norden, die politische Macht bewusst auf zwei Hierarchie-Ebenen beschränkenden Ewe im Osten und die bevölkerungs- und gebietsmäßig größte Gruppe der Akan-Staaten, die von der Küste bis an die Gren-

ze der Savannenzonen reichten. Deren durch eine Mehrebenenhierarchie mit männlichen und weiblichen Amtsträgern auf jeder Ebene, Beteiligung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen durch Räte, Amtseide und -entherrlichungsverfahren gekennzeichnete Strukturen wirkten auf umliegende Gruppen, die Teile der Akan-Arrangements übernahmen. Nach portugiesischer, brandenburgischer, holländischer, schwedischer, dänischer und britischer Präsenz an der Küste zur Zeit des Handels mit Versklavten und dem sogenannten ‚Scramble for Africa‘ wurde das Gebiet des heutigen Ghana ab den 1890er Jahren hauptsächlich Teil des britischen, im Fall des westlich vom Voltafluss gelegenen Teils der heutigen Volta- und Northern Region Teil des deutschen Kolonialreiches. Im Rahmen ähnlicher Konzepte der indirekten Kolonialherrschaft versuchten beide Kolonialadministratoren, indigene Autoritäten in die koloniale Hierarchie einzubinden. Diese Versuche führten direkt zu einer spezifischen Kolonialität der Macht: Immer dann, wenn Briten oder Deutsche die politischen Strukturen eines indigenen Gemeinwesens zu wenig hierarchisch, zu kleinstaatlerisch oder anderweitig aus kolonialer Perspektive nicht les- und integrierbar erschienen, wurde verfügt, dass andere, nahe gelegene indigene Autoritäten nun die Verwaltung dieser Gemeinschaften mitübernehmen würden. Dies sorgte im Norden und Westen Ghanas für Konflikte, die teilweise bis heute andauern – und im Rahmen indigener Institutionengefüge bearbeitet werden. Eine spezifische Form der Kolonialität der Macht und des Geschlechtes entstand aus dem britischen Ansinnen, die politischen Strukturen der Akan, deren indigene Staaten die Hälfte des besetzten Landes und der Bevölkerung ausmachten, im Sinne des Empire umzuformen. Eine Betrachtung der gegenwärtigen Bearbeitung der Auswirkungen dieser Strategie hilft dabei, sowohl die Kolonialität als auch Dekolonisierungsversuche des gegenwärtigen institutionellen Designs nachzuvollziehen.

Gender und indigene Autoritäten

Eine der wirkmächtigsten kolonialen Interventionen in indigene politische Systeme betrifft einen kolonialen Eingriff in die komplementären Ämter männlicher und weiblicher indigener Autoritäten: Der Begriff „queenmother“ ist ein Überbleibsel britischer Versuche, indigene Autoritäten nach europäischem Vorbild feudal umzuformen. Die Bezeichnung ist nur ein Aspekt umfassenderer Bestrebungen, deren Rolle als checks and balances ihrer männlichen Gegenüber im Akan System mit seinen komplementären Ämtern für weibliche und männliche Autoritäten zu schwächen. Die *Ahemaa* (sing.: *ohemma*) spielten darin eine wichtige Rolle in der

Nominierung ihrer männlichen Gegenüber, der *ahene* (sing.: *ohene*), denen sie als ältere Familienmitglieder, ältere Schwestern oder Mütter, nie aber als deren Frauen verbunden waren (Odotei, 2006: 86). Anders als in europäischen feudalen Systemen haben *ahemaa* ihre Position nie als Konsequenz ihrer Heirat mit oder Verwandtschaft zu einem Mann inne. Dies ist in der matrilinearen Akan-Familienstruktur begründet, in der Zugehörigkeit und Erbe durch weibliche Herkunftslinien bestimmt wird. Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass Organisationen weiblicher indigener Autoritäten den Begriff „queenmother“ kritisieren, stattdessen Begriffe wie „female leaders“ oder „female chiefs“ bevorzugen und eine Anerkennung und Beendigung ihrer vergleichsweise rezenten Marginalisierung einfordern. Im Jahr 2010 forderten weibliche indigene Autoritäten bei landesweiten Konsultationen der Bevölkerung im Rahmen einer Verfassungsreform eine Veränderung der Zusammensetzung der 10 Regional Houses of Chiefs sowie des National House of Chiefs. Diese Institutionen bieten wichtige, von der Verfassung mandatierte Schnittstellen zwischen indigenen Institutionen und dem westlich inspirierten Subsystem des Staates. Obwohl die Verfassung einen „chief“ klar als „chief or queenmother“ definiert und damit weibliche Autoritäten explizit einschließt, hatten männliche Autoritäten sich der Forderung nach der Öffnung der Houses für Frauen auf Basis vorgeblicher ‘Traditionen’ widersetzt. Weibliche indigene Autoritäten kritisierten dies vehement als Chauvinismus im Widerspruch zu indigenen Normen, die ihren Ämtern zugrunde liegen. Unter Vorsitz von Naa Prof. Nabila, dem damaligen Präsidenten des National House of Chiefs, erklärte schließlich im Rahmen der einwöchigen National Constitution Review Conference im April 2011 ein hochrangiges Panel indigener Autoritäten die Ausschlusspraxis für beendet und stellte in Aussicht, dass die Aufnahme weiblicher indigener Autoritäten in die Houses bald beginnen sollte. Diese Entwicklung macht die Flexibilität indigener Institutionen ebenso deutlich wie die Tatsache, dass diese einen Schauplatz der Aushandlung von Kolonialität und konzeptioneller Dekolonisierung darstellen. Sie verweist aber auch auf die komplexen Interaktionen zwischen den Subsystemen: Denn die neue Regelung gilt nicht nur für Akan-Gemeinschaften, sondern für alle indigenen Autoritäten. Diese Entwicklung stärkt die in nicht-Akan Kontexten mit Verweis auf *ahemaa* teils neu geschaffenen oder erweiterten Positionen weiblicher indigener Autoritäten und schafft Handlungsdruck für weiteren Wandel. Zwar repräsentieren weibliche indigene Autoritäten nicht automatisch die Interessen von Frauen – aber da dieser Vertretungsanspruch ein Argument für die Inklusion in die Houses ist, macht die weiterhin verschleppte Änderung der Zusammensetzung der Houses es Frauen in den indigenen Staaten nun einfa-

cher, genau das zu fordern. In Anbetracht der starken Ungleichheit der Repräsentation im ghanaischen Parlament (von 275 Sitzen waren nach der Wahl im Dezember 2016 36 von Frauen besetzt – 6 mehr als bei der Wahl vier Jahre zuvor) wird deutlich, dass die Houses of Chiefs eine korrektive Institution für eine geschlechtergerechtere Repräsentation darstellen könnten, auch, weil aus ihnen viele weitere Staatsorgane besetzt werden. Diese Aushandlungen zu den Interface Institutionen der Houses of Chiefs machen deutlich, wie Ghanas plurales politisches Gemeinwesen Kapazitäten für Repräsentation, Entscheidungsfindung und die Zuteilung von Ressourcen schafft, die jedes der Subsysteme allein nicht bereitstellen könnte. Die Tatsache, dass sich dieser Wandel in den Houses selbst noch nicht vollends vollzogen hat, verdeutlicht gleichzeitig jedoch auch die Wirkmächtigkeit der Kolonialität der Macht, ihre Anschlussfähigkeit an sexistische Ausschlüsse in Demokratien nach westlichem Vorbild und die Möglichkeiten zur Stärkung männlicher Macht, die diese Verschränkung indigenen Amtsträgern eröffnet.

Die Tatsache, dass auch außerhalb der Akan Staaten weibliche Autoritäten eine Stärkung ihrer Rolle einfordern, verweist auf die Diffusion institutioneller Innovationen auch über die Grenzen politischer Gemeinwesen und Sprachgruppen hinweg. Anders als auf der Ebene der westlich-inspirierten Staatsinstitutionen gelingt dabei innerhalb der indigenen Staaten teils bereits die Öffnung, etwa wenn Traditional Councils, die Beratungsgremien der indigenen Autoritäten auch in nicht-Akan Kontexten für weibliche Autoritäten geöffnet werden. Hier zeigt sich: Indigene Autoritäten können die normativen Grundlagen ihrer Systeme in einem Register verhandeln, der diese nicht als statische, monolithische Tradition, sondern als konstante Aushandlung auf einer differenzierten Normenbasis fasst. Die so bereitgestellten konzeptionellen Alternativen weisen über Begrenzungen rein nach westlichen Vorbildern designter Institutionen hinaus.

Die Rolle indigener Institutionen in Ghanas pluralem Staat - Projektionen überparteilicher Autorität

Die ghanaische Verfassung „garantiert“ indigene Institutionen und reguliert das Verhältnis von indigenen und westlich-inspirierten Institutionen in einem eigenen Verfassungskapitel – dort heißt es zu Beginn: „The institution of chieftaincy, together with its traditional councils as established by customary law and usage, is hereby guaranteed“ (The Constitution of Ghana, Chapter 22, 1). Das plurale politische Gemeinwesen Ghanas ist von einer Diversität indigener Institutionen und Autoritäten gekennzeich-

net, von denen einige auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene einflussreich sind. Andere dagegen haben stark lokal oder auf Gerichtsbarkeit und Landrechte beschränkte Positionen inne. Wieder andere in kleineren Gemeinschaften im Norden und Osten des Landes verkörpern zur Kolonialzeit erfundene Traditionen, die Gemeinschaften aber als verlässliches Medium zur Artikulation kollektiver Landrechte schätzen gelernt haben und bewusst beibehalten. Zehn – nach Abschluss einer laufenden Gebietsreform in Zukunft sechzehn² – regionale und ein nationales House of Chiefs fungieren als verfassungsrechtlich vorgeschriebene Staatsinstitutionen. Sie bieten wichtige Schnittstellen zwischen indigenen Autoritäten und westlich-inspirierten Staatsinstitutionen. Dies ermöglicht strukturierte Interaktionen zwischen Amtsträgern der Subsysteme, die das Risiko wahrgenommener Parteilichkeit (entweder einer indigenen Autorität für Politiker*innen oder umgekehrt) minimieren. Die Houses sind darüber hinaus mandatiert, Konflikte innerhalb oder zwischen indigenen Gemeinwesen zu schlichten und das je kontextspezifische, meist orale „customary law“, das die Funktionsweisen, checks and balances und Amts-Nachfolgeverfahren der indigenen Staaten regelt, auszulegen und zu kodifizieren. Aus den Houses werden indigene Autoritäten für eine in der Verfassung benannte Vielzahl öffentlicher Institutionen wie die Land and Forestry Commission, das Judiciary Council, die Lands Commission, die Regional Co-ordinating Councils in jeder Region, das Prisons Council oder das Council of State, das den Präsidenten berät, rekrutiert. Die aktive Beteiligung an Parteipolitik ist indigenen Autoritäten aber verfassungsrechtlich untersagt – Amtsinhaber*innen in jedem der Subsysteme müssen vor Amtsantritt im anderen Subsystem ihr bisheriges Amt niederlegen. In diesem strikten Verbot scheint die Annahme durch, dass die Subsysteme sich auf unterschiedliche Quellen der Legitimität stützen, die als nicht in einer Person vereinbar verstanden werden. So sollen indigene Autoritäten die Interessen aller Menschen in ihren jeweiligen Gemeinwesen vertreten, was eine Überparteilichkeit voraussetzt. Ungeachtet dessen wird vor Ereignissen wie Präsidentenbesuchen oder Wahlkampfveranstaltungen die symbolische Erlaubnis lokaler indigener Autoritäten eingeholt, die dann auch als lokale Würdenträger und Repräsentant*innen der Lokalbevölkerung zu den Anlässen geladen werden. Auf diese Weise setzt sich die historisch verwurzelte Verflech-

2 Im Rahmen einer administrativen Reform, die sowohl dem Bevölkerungswachstum als auch Dynamiken regionaler Zugehörigkeit Rechnung tragen soll, wird die Zahl ghanaischer Regionen auf 16 ansteigen – jede neue Region wird ihr eigenes Regional House of Chiefs erhalten, womit die Zahl der indigenen Autoritäten, die in Interface-Institutionen vertreten sind, stark ansteigen wird.

tung zwischen den Subsystemen in formellen wie in informellen Politikbereichen fort. Auch deswegen positionieren sich viele Ghanaer*innen jenseits einer Dichotomie, die entweder eine 'rein' demokratische Praxis oder die Rückkehr zu vorgeblich 'authentischen' politischen Systemen einfordert. Die komplexe soziale Realität, die Ghanaer*innen als Bürger*innen des Landes und ihrer jeweiligen indigenen Gemeinwesen täglich navigieren, beinhaltet kreative Kombinationen, situative Rollen- und Codewechsel zwischen den Subsystemen, die eher von Überlappungen und Interaktionen geprägt sind. Beide Subsysteme haben darüber hinaus eine Gemeinsamkeit – eine Elitenkonzentration in den oberen Rängen der Subsysteme. Die Tendenz, „verdienstvolle“ Personen der Gemeinschaft in indigene Ämter zu wählen, verstärkt diese Dynamik.

Indigene Institutionen sind so wichtige Instanzen für lokale Interaktion, ob es sich um die Kommunikation von Regierungshandeln, zum Beispiel im Straßenbau oder auch NGO-Aktivitäten, Forschung vor Ort oder auch die „Erlaubnis“ zum lokalen Wahlkampf handelt. So entsteht eine gewisse, wenn auch lokal oder regional eingehegte, performative Souveränität, die immer wieder für spezifische Aktionen genutzt wird. Dadurch erlangen indigene Autoritäten regelmäßig mediale Aufmerksamkeit für Anliegen durch Androhung von Wahlboykott bei Nichteinhaltung von Wahlversprechen, insbesondere was lokale Infrastruktur angeht. Ob es in der zugehörigen Kommunikation gelungen ist, die Sachthemen in Ghanas polarisiertem first-past-the-post Wahlsystem ohne parteipolitische Aufladung zu kommunizieren, ist dabei stets Teil der Debatte. Ein wesentlicher Aspekt der performativen Souveränität, die sich in öffentlichen Versammlungen mit aufwändigem Dekor und Etiketten darstellt, ist der einer kollektiven Würde, die indigene Autoritäten mit ihren Insignien der intergenerationellen Gemeinschaft repräsentieren. Diese symbolische Kommunikation ist eine kollektive Selbstbestätigung, richtet sich aber nicht zuletzt auch an Besucher*innen, Bittsteller*innen aber gerade auch Entwicklungsexpert*innen und Investor*innen.

Die Wahrnehmung als überparteilich ist für indigene Autoritäten wichtig, um aus ihrer Rolle heraus Forderungen an die Politik stellen zu können. Dies ist insbesondere dann zentral, wenn indigene Autoritäten direkt von der Regierung oder der Lokalverwaltung aufgefordert werden, in ihrer Rolle als ausgleichende Streitschlichter und Diplomaten in Konflikten zwischen Interessensgruppen oder auch zwischen anderen indigenen Autoritäten zu vermitteln. Dass diese Rollenerwartung Amtsinhaber*innen eine beständige, diffizile Balance abverlangt, liegt auch daran, dass diese zwar als Treuhänder*innen von über 80% des Landes in Ghana bestellt

sind, für die Ausübung ihres Amtes aber nur auf einen kleinen Teil der Ressourcen zugreifen können, die das Land generiert.

Chieftaincy und die Commons

Landrechte sind ein Bereich, in dem indigene Autoritäten und Institutionen in Ghana eine zentrale Rolle spielen. Über 80% der ghanaischen Staatsfläche unterliegen kollektiven Besitzrechten und werden – zumindest nominell – in Bezug auf Nutzungsrechte von indigenen Autoritäten treuhänderisch für ihre jeweiligen Gemeinschaften verwaltet. Das Akan Beispiel illustriert die normativen Grundlagen dieser Treuhandtschaft: Der stool symbolisiert die vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Generationen des Gemeinwesens – diesen gegenüber sind chiefs und councils, die das Land gemeinsam treuhänderisch verwalten, verantwortlich. Sie sind ausdrücklich nicht die Besitzer*innen der sogenannten „stool lands“, sondern „custodians of the land“ (Mahama & Baffour, 2009).

Zum Management der aus den stool lands durch jegliche wirtschaftliche Aktivität gewonnenen Abgaben, Pachten oder Gewinnbeteiligungen wurde in der 1992 proklamierten Verfassung der 4. ghanaischen Republik das Office of the Administrator of Stool Lands (OASL) geschaffen. Es ist die Aufgabe dieser Institution, die Verteilung der stool land Ressourcen nach folgendem, in der Verfassung festgelegten Schlüssel, sicherzustellen:

- (6) Ten percent of the revenue accruing from stool lands shall be paid to the office of the Administrator of Stool Lands to cover administrative expenses; and the remaining revenue shall be disbursed in the following proportions-
 - (a) twenty-five percent to the stool through the traditional authority for the maintenance of the stool in keeping with its status;
 - (b) twenty percent to the traditional authority; and
 - (c) fifty-five percent to the District Assembly, within the area of authority of which the stool lands are situated.
- (7) The Administrator of Stool Lands and the Regional Lands Commission shall consult with the stools and other traditional authorities in all matters relating to the administration and development of stool land and shall make available to them all relevant information and data.

Diese komplexe Kombination von Akteuren soll durch die konzeptionelle Trennung von Ressourcen für den stool (25%), für die indigene Autorität (20%) sowie für die District Assembly sicherstellen, dass die genannten Ak-

teure ihren komplementären Rollen im lokalen Gemeinwesen gerecht werden können. So soll auch garantiert werden, dass die intergenerationell definierten Commons in einer Weise bewirtschaftet werden, die durch die Wahrung der Interessen des stools als von der indigenen Autorität getrennte Entität auch die langfristig nachhaltige, zukünftigen Generationen verpflichtete Bewirtschaftung und Mittelvergabe sichergestellt wird. De facto funktioniert dieses System aus mehreren Gründen in vielen Kontexten nicht zuverlässig: Die Datengrundlage auf der das OASL die Ressourcenverteilung vornimmt, ist trotz im 6-Monats- bzw. 2 Jahrestakt stattfindender interner und externer Audits oft ungenau. Hinzu kommt, dass indigene Autoritäten, insbesondere dort, wo das Land beispielsweise im semi-urbanen Raum an Wert gewinnt, teils eher als Grundbesitzer denn als Treuhänder auftreten – was in einigen Fällen zu Kritik bis hin zur Absetzung führt, in anderen Fällen aufgrund mangelnder Transparenz und der Schwächung von checks und balances mit verhaltener Missbilligung und der Hoffnung auf eventuelle Beteiligung an Gewinnen geduldet wird (Mahama & Baffour, 2009). Hier wird der Effekt der Feudalisierung und Individualisierung indigener Autoritäten durch koloniale Designs einmal mehr deutlich: Geschwächte Kontrollinstanzen können nicht überall die Umverteilung nach Gesetz oder gar nach indigenen normativen Grundlagen durchsetzen. Dennoch sind diese ein wichtiger Referenzpunkt für anhaltende Kritik an Missständen und intensiven Debatten um die Verteilungsformel. Damit leistet das indigene Subsystem ungeachtet der strukturellen Schwächen des verfassungsgemäßen Verteilungsmechanismus einen zentralen Beitrag zur Aufrechterhaltung einer Alternative zum Privatbesitz, in der nominell für 80% des ghanaischen Staatsgebietes intergenerationelle Nachhaltigkeit ein Kernkriterium ist, das in Debatten um den angemessenen Umgang mit Land eine wichtige Referenz darstellt.

Post-development, indigene Autoritäten und Alternativen: Von Post-universaler hin zu pluriversaler Staatlichkeit

Der von Post-Development Theoretikern wie Arturo Escobar (1995) bestimmte Lokus von kritischen Alternativen zu Entwicklung ist die lokale Ebene, auf der alternative kulturelle Praxen andere Wirtschaftsweisen und Lebenswelten, andere Naturverhältnisse möglich machen sollen - jenseits des teleologischen Entwicklungsdenkens mit einer westlichen, imperialen Lebensweise als Zielpunkt. Universal-gültige Zielvorgaben für ein gutes Leben werden dabei genauso kritisiert wie die Vorstellung vom westlichen Staat als deren universeller Garant. Doch in Post-Development Kontexten

tritt dieser Kritik keine Alternative gegenüber, die Ideen von Staatlichkeit als Entwicklung eigene Konzepte entgegensetzt. Kritiker werfen Post-Development Referenzen auf entsagungsvolle indigene Lebensumstände die Romantisierung und Idealisierung von Armut, Tradition und benachteiligten lokalen Gemeinschaften vor (Andreasson, 2017). Afrikanische Kontexte werden dabei in der Literatur als Beispiele für einen mit dem Einfordern von Würde verbundenen anhaltenden Wunsch nach „Entwicklung“ – meist nach westlichen Blaupausen – angeführt (Matthews, 2017). Das differenzierte Meinungsbild von Menschen aus 19 beziehungsweise 36 afrikanischen Ländern, die ein politisches Institutionengefüge befürworten, das im Westen keine Entsprechung hat, zeigt jedoch auf, dass Gemeinwesen, die sich jenseits westlicher Vorbilder mit Bezug auf indigene Wertgrundlagen gestalten, großen Zuspruch finden. Der ghanaische Fall zeigt, wie weitreichend das Design von Staatsorganen, aber auch von Landbesitz durch das Ineinandergreifen von Subsystemen geprägt sind, die gemeinsam eine Staatlichkeit ausmachen, die pluriversal ist – sich also aus unterschiedlichen konzeptionellen und legitimatorischen Quellen speist, deren Verhältnis zueinander immer wieder neu ausgehandelt wird. Das differenzierte Meinungsbild zu und die ebenso differenzierte Auseinandersetzung um Geschlechterrollen und weitere Funktionen von indigenen Autoritäten in Ghana zeigt jedoch, dass die Bevölkerung jenseits einer letztlich auch modernistischen Dichotomie von Romantisierung oder Ablehnung agiert: Die im Afrobarometer abgebildete Erwartung an indigene Systeme und die gelebte Praxis ihrer Koexistenz mit westlich-inspirierten Institutionen stellen die Komplementarität der Subsysteme in den Vordergrund.

Prozesswissen und institutionelles Design verweisen auf einen Gestaltungshorizont jenseits universaler Konzepte demokratischer Staatlichkeit. Mit der bloßen Implementation und Adaptierung universal-demokratischer Institutionen, Prozesse und Verfahren lassen sich die Dilemmata der Kolonialität nicht hinreichend einhegen. Wie sollte beispielsweise das Spannungsverhältnis zwischen der Vertretung von Wahlbürger*innen im parlamentarischen System mit dem Problem der Vertretung von Gruppenrechten und -interessen, die sich beispielsweise aus der kolonialen Hierarchisierung von indigenen Gemeinwesen und damit zusammenhängenden Landrechten ergeben, in Einklang bringen lassen? Die konzeptionelle Eigenständigkeit des ghanaischen Systems ermöglicht zumindest ein innovatives – wenngleich nicht immer erfolgreiches – Adressieren der Probleme, die sich aus der Kolonialität von Staat, Macht und auch von ‚Entwicklung‘ ergeben, in unterschiedlichen, darunter auch indigenen Registern. Diese wiederum sind keine folkloristischen, fossilisierten Traditionen, sondern in konstanter Neuaushandlung auch der ihnen innewohnenden Kolonialität

– beispielsweise des Geschlechts – begriffen. Design und Praxis verwobener pluraler Staatlichkeit fordern wie eingangs beschrieben sowohl Post-Development Ansätze als auch ihre Kritiker heraus: In ihrer Eigenständigkeit, aber auch der Kolonialität der Verwobenheit der Subsysteme weisen sie sowohl über Verständnis von Entwicklung von Staatlichkeit als Annäherung an westliche Blaupausen hinaus als auch über die in einigen Post-Development Positionen angelegte verklarte Idee von lokalen, kulturellen Alternativen außerhalb des Staatsgefüges.

Die ghanaische Verfassung schafft durch die Houses of Chiefs und die mandatierte Positionierung von Chiefs aus den Houses in Staatsorganen und -kommissionen eine Verbindung der Subsysteme, während gleichzeitig im indigenen Subsystem besondere Repräsentationsformen ihren Platz finden, die im demokratischen System schwer umzusetzen sind (indigene Gruppenrechte und intergenerationelle Landrechte). Die diesem Modell implizit zugrundeliegende Komplementarität weist über die Blaupausen westlicher Staatlichkeit weit hinaus – und schafft so alternative Möglichkeitsräume. Eine kritische Betrachtung des ghanaischen Status Quo zeigt jedoch auch, dass gerade die Autokratisierung und Feudalisierung indigener Institutionen auf eine Weise nachwirkt, die eine konzeptionelle Dekolonisierung auch indigener Strukturen und statischer, monolithischer ‚Traditionen‘ notwendig macht.

Als Referenz für die Defizitdiagnose afrikanischer Staatlichkeit gilt zu meist ein westliches Idealbild – ein Kunstgriff, den Mamdani (1996) als „history by analogy“ kritisiert. Das Bewerten nicht-westlicher und vormals kolonisierter Kontexte nach Analogien vermag es nicht, diejenigen konzeptionellen Alternativen zu fassen, die keine westliche Entsprechung haben oder die Probleme zu bearbeiten versuchen, die sich aus der Kolonialität der Macht, aber auch der Entwicklung ergeben. Insofern hilft eine Betrachtung afrikanischer Haltungen zu indigenen Autoritäten und deren Einbezug in den ghanaischen Staat dabei, über die Analogie hinauszublicken. Das so beobachtbare Gestalten von eigensinnigen, also auf eigenen und vielfältigen normativen Grundlagen beruhenden institutionellen Designs kann sowohl für die Post-Development Perspektive als auch für deren Kritiker*innen instruktiv sein. Denn der beobachtbare Eigensinn scheint sich zumindest teilweise jenseits der dichotomen Auseinandersetzung dieser beiden Pole zu bewegen – was für die sprichwörtlichen Köpfe gilt, scheint im ghanaischen Fall auch für politische Systeme zu gelten. Dieser Status quo ist für die Frage nach Alternativen zu Entwicklung, in denen immer auch Ideen von Staatlichkeit mitverhandelt werden, zentral. Schließlich sollte es gerade auch bei der Analyse von Alternativen zu Entwicklung heißen: Ein Kopf allein hält keinen Rat.

Literaturverzeichnis

- Aikins, J. K. (2016): Jenseits funktionaler Äquivalente – Die Kolonialität der Macht und indigene politische Autoritäten im politischen System Ghanas, in: A. Ziai (Hg.) Postkoloniale Politikwissenschaft: Theoretische und empirische Zugänge, 1. Auflage, Bielefeld: transcript, S. 337–356.
- Akolgo, I. A. (2018): Afro-euphoria – is Ghana's economy an exception to the growth paradox? Review of African Political Economy, 45 (155), S. 146–157, abrufbar unter <https://doi.org/10.1080/03056244.2017.1389716>.
- Andreasson, S. (2017): Fossil-fuelled development and the legacy of Post-Development theory in twenty-first century Africa, in: Third World Quarterly, 38 (12), S. 1–16, abrufbar unter https://www.academia.edu/33205703/Fossil-fuelled_development_and_the_legacy_of_Post-Development_theory_in_twenty-first_century_Africa.
- Ayelazuno, J. A. (2014): Neoliberalism and Growth without Development in Ghana: A Case for State-led Industrialization, in: Journal of Asian and African Studies, 49 (1), S. 80–99, abrufbar unter <https://doi.org/10.1177/0021909613478787>.
- Gocking, R. (2005): The History of Ghana: Greenwood Publishing Group.
- Krämer, A. M. (2019): Repräsentationen von Staat in Afrika – Postkoloniale Kritik eines Diskurses, Nomos Verlag.
- Logan, C. (2011): The roots of resilience: Exploring popular support for African traditional authorities. Afrobarometer Working Paper, (128), S. 1–31, abrufbar unter <http://afrobarometer.org/sites/default/files/publications/Working%20paper/AfropaperNo128.pdf>.
- Lugones, M. (2016): The coloniality of gender, in: The Palgrave handbook of gender and development, Springer, S. 13–33.
- Mahama, C. A./Baffour, O. A. (2009): Management of stool land revenue in Ghana: A study of the Nkawie and toase stools of the Atwima Nwabiagya District of the Ashanti Region, in: Journal of Science and Technology (Ghana), 29 (1), abrufbar unter <https://doi.org/10.4314/just.v29i1.46426>.
- Mamdani, M. (1996): Citizen and Subject – Contemporary Africa and the Legacy of Late Colonialism, Princeton – N. J.: Princeton University Press.
- Matthews, S. (2017): Colonised minds? Post-development theory and the desirability of development in Africa, in: Third World Quarterly, 38 (12), S. 2650–2663, abrufbar unter <https://doi.org/10.1080/01436597.2017.1279540>.
- Ndlovu-Gatsheni, S. J. (2018): Epistemic Freedom in Africa – Deprovincialization and Decolonization, abrufbar unter <https://doi.org/10.4324/9780429492204>.
- Quijano, A. (2000): Coloniality of power, eurocentrism, and Latin America. Nepantla: views from South, 1 (3), S. 533–580.
- Rathbone, R. (2000): Nkrumah & the Chiefs: Politics of Chieftaincy in Ghana, 1951-1960, 1. Auflage, Accra – Ghana/Athens – Ohio: Ohio University Press.
- Tetzlaff, R. (2018): Afrika – Eine Einführung in Geschichte, Politik und Gesellschaft, Wiesbaden: Springer VS.

Ziai, A. (2006): Zwischen Global Governance und Post-Development – Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive, Münster: Westfälisches Dampfboot.